

Schwierige Schüler überfordern die Lehrer

Die Idee, auffällige Kinder in die Regelklasse zu integrieren, bewährt sich in der Praxis schlecht. Die Kritik daran nimmt zu. Es zeichnet sich der nächste Bildungsstreit ab.

Anja Burri

Sie rütteln an ihrem Pult, werfen sich zu Boden oder beissen ihre Kameraden: Experten gehen davon aus, dass heute zwei bis drei Schüler pro Klasse verhaltensauffällig sind. Und ihre Zahl nimmt zu. Immer mehr Kindern werde ein spezieller Förderbedarf zugesprochen, sagt Peter Lienhard, Professor an der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Die Entwicklung bringt Lehrer vermehrt an den Rand der Überforderung.

Früher wurden schwierige Kinder meistens in separaten Kleinklassen geschult. Seit 2004 verpflichtet das Behindertengleichstellungsgesetz die Schulen, Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen oder einer Behinderung wenn immer möglich in Regelklassen zu integrieren. vielerorts haben die Kantone auch ihre Volksschulgesetze angepasst. Ein Heilpädagoge soll punktuell für ein paar Stunden pro Woche mit diesen Kindern arbeiten.

Doch das System funktioniert in der Praxis nicht wie gewünscht. Die Hilfe der Heilpädagogen reiche nirgendwohin, kritisieren die Lehrer. Nur schon ein einzelner Schüler könne den ganzen Unterricht lahmlegen. Der Störenfried beanspruche die Lehrkräfte derart stark, dass sich diese kaum mehr um Schülerin-

nen und Schüler mit anderen Schwächen kümmern könnten, nicht zu reden von den ganz durchschnittlichen Kindern. Für die Lehrer erhöht die integrative Schule die ohnehin starke Belastung. Bereits im ersten Berufsjahr nach der Ausbildung gibt jeder sechste Lehrer seinen Beruf auf, nach fünf Jahren arbeitet die Hälfte nicht mehr als Lehrkraft.

Nun regt sich Widerstand. Zwar befürworten die meisten Lehrer die Integrationsidee, allerdings nicht unter diesen Bedingungen. Im Kanton Bern haben vor wenigen Wochen über 800 Lehrer einen Brief an den Berner Bildungsdirektor geschrieben. «Zu viele Lehrer werden krank oder geben ihren Traumberuf frustriert auf», steht im Schreiben. Der Kanton sucht nach Lösungen, aber zusätzliche Mittel dürften angesichts des Spardrucks kaum gesprochen werden. Im Kanton Zürich fordern die Mittelstufenlehrer, wieder Kleinklassen einzuführen. In Graubünden hat das Kantonsparlament diese Möglichkeit bereits beschlossen.

So zeichnet sich ab, dass die Integration zum nächsten Schlachtfeld der Bildungspolitik wird. Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz spricht von einem «Erdbeben», das die schulische Integration auslösen werde. Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner hingegen verteidigt diese. Sie nehme die Lehrer ernst, doch solle man das System jetzt nicht auf den Kopf stellen.

Seite 20
Kommentar Seite 17



Unsere emsige Arbeiterin

Sie ist winzig klein, aber eines der wichtigsten Nutztiere. Rund fünf Milliarden Bienen erbringen in der Schweiz eine wirtschaftliche Leistung von 300 Millionen Franken pro Jahr. Ein Teil davon stammt vom Honig, noch wichtiger ist aber die Bestäubung der Pflanzen. Ein Drittel der

Masse aller Lebensmittel ist davon abhängig. Doch gefährliche Parasiten setzen die Bienen unter Druck. Bis zu ein Viertel der Völker überlebt den Winter jeweils nicht. In manchen Regionen besteht deshalb zur Zeit der Obstblüte ein Mangel an Bienen. **Wissen Seite 56**

Der nächste Hackerangriff ist schon angelaufen

Kaum wurde das Virus «Wanna Cry» gestoppt, infiziert eine neue Schad-Software viele tausend Computer. Nun fordern Schweizer Politiker eine Cyber-Truppe.

Markus Städeli,
Andreas Schmid

Während die Erpresser-Software «Wanna Cry» weltweit für Schlagzeilen sorgt, verbreitet sich ein zweiter Computervorm still und leise: Adylkuzz. Dabei benutzt er die gleiche Sicherheitslücke in

Rechnern, die auf älteren Windows-Betriebssystemen laufen. «Hunderttausende von Computern sind weltweit infiziert worden», sagt Monika Schaufler. Sie ist Regionaldirektorin bei der amerikanischen Sicherheitsfirma Proofpoint, die als Erste auf das Problem hingewiesen hat. «Dieser Angriff ist gefährlicher als «Wanna Cry», weil er im Hintergrund erfolgt und vielen Betroffenen gar nicht bewusst ist.» Darum erreiche er auch viel weniger Beachtung. Untersuchungen haben gezeigt, dass Betroffene eine Cy-

berattacke in der Regel erst nach 146 Tagen bemerken. Weil diese neue Generation von Schad-Software die Rechenleistung der betroffenen Computer für ihre eigenen Zwecke missbraucht, wird der Zugriff auf das System zunehmend langsam und funktioniert schliesslich gar nicht mehr.

Unter dem Eindruck der jüngsten Hackerangriffe fordern Politiker in der Schweiz Abwehrmassnahmen. So möchte der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser, dass die Armee 200 IT-Spezialisten rekrutiert. Diese sollen eine Cyber-

Truppe bilden, um die Schweiz vor Angriffen zu schützen. In die gleiche Richtung zielt eine Motion des Luzerner SVP-Nationalrats Franz Grüter. «Die Schweiz ist auf beiden Augen blind, was die Gefahr von Hackerattacken angeht», erklärt der IT-Unternehmer. Der Bundesrat lehnt seinen Vorschlag, ein Cyber-Kommando zu schaffen, jedoch ab, wie er diese Woche in einer Stellungnahme dargelegt hat. Er will eine eigene Cyber-Strategie entwickeln.

Seite 7, 8, 27

Frostschäden: Winzer verlieren bis zu 300 Millionen

Die eisigen Tage im April haben in den Schweizer Rebbergen schwere Schäden angerichtet. In manchen Regionen erreichen die Ausfälle gegen 90 Prozent, in der Deutschschweiz vielerorts gar 100 Prozent. Nach ersten Schätzungen betragen die Verluste bis zu 300 Millionen Franken.

Die meisten Winzer müssen diese Schäden selber tragen: Nur 250 der insgesamt 5000 Weingüter sind gegen Frost versichert. Wegen der misslichen Lage fordert der Schweizerische Wein-

bauernverband nun staatliche Hilfe. Verlangt wird etwa die Vergabe von zinslosen Darlehen. Ihre Hoffnung setzen die Winzer zudem auf den Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden. Im Prinzip fallen Frostschäden nicht unter die Richtlinien dieser Institution. Weil es sich um einen der schlimmsten Kälteeinbrüche seit Jahrzehnten handelte, werde eine Unterstützung aber geprüft. (kep./dah.)

Seite 28



Jetzt die eigene Migros bauen!

Die Lehrerinnen nennen Tobias das «Schüttelkind»: Es vergeht keine Schulstunde, wo der Primarschüler nicht stört. Er bewegt seinen Stuhl permanent von einem Bein aufs andere. Rüttelt nervös an seinem Pult. Wenn er etwas sagen möchte, ruft er es ins Klassenzimmer. Und er steht immer wieder auf, um am Wasserhahn zu trinken. Ein anderes Kind, nennen wir es Sebastian, verzögert den Unterrichtsbeginn nach jeder Pause um mindestens zehn Minuten. Er zettelt Streit mit anderen Schülern an oder kommentiert laut die Anweisungen seines Lehrers. Mia bringt die Ordnung ihrer Klasse durcheinander, indem sie permanent lügt. Mit erfundenen Geschichten schwärzt sie andere Kinder und die Lehrerin an. Silas beisst seine Lehrerin. Thomas wirft sich regelmässig auf den Boden, wenn die Klasse im Kreis sitzt. Regt sich Andreas auf, schlägt er wild um sich. Niemand, nicht einmal seine herbeigerufene Mutter, kann ihn dann beruhigen.

Diese Fälle gibt es alle, nur die Namen wurden geändert. Die Kinder werden von Fachleuten als «verhaltensauffällig» eingestuft. Dennoch besuchen sie den normalen Unterricht in Regelklassen in Kindergärten und Primarschulen im Kanton Zürich. Werner Heiniger unterrichtet in Winterthur eine vierte Klasse. Er kennt ähnliche Situationen aus eigener Erfahrung. «Solche Kinder können den Unterricht kaputt machen», sagt er.

Tobias, Sebastian oder Mia hätte man bis vor ein paar Jahren noch in eine Kleinklasse oder eine Sonderschule geschickt. Diese Zeiten sind vorbei. Es ist ein gesetzlicher Auftrag, Schüler mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten oder einer Behinderung wenn immer möglich in Regelklassen zu integrieren. Der Fachbegriff dafür heisst schulische Integration. Seit 2004 verpflichtet das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes die Schulen dazu; vielerorts haben die Kantone ihre Volksschulgesetze entsprechend angepasst. Im Gegenzug erhalten die Lehrer Verstärkung durch Heilpädagogen oder andere Fachpersonen.

Die Folge: Kinder, die Probleme machen, werden vermehrt abgeklärt. Erhalten sie den Status Sonderschüler, bekommen ihre Lehrer pädagogische Unterstützung. Experten gehen davon aus, dass heute 10 bis 15 Prozent der Schüler so verhaltensauffällig sind, dass sie behandelt werden müssen. «Es ist tatsächlich so, dass immer mehr Kindern und Jugendlichen ein spezieller Förderbedarf zugesprochen wird», bestätigt Peter Lienhard, Professor an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich.

Am Rand der Belastbarkeit

Die verhaltensauffälligen Kinder sind nicht die einzigen in den Klassenzimmern, die besondere Aufmerksamkeit benötigen. Auch Kinder mit Lern- und Konzentrationsproblemen sowie fremdsprachige, kriegstraumatisierte und geistig oder körperlich behinderte Schüler sollen gemäss dem Integrationsgedanken Regelklassen besuchen. Hinzu kommt der Anspruch vieler Eltern, dass die Schule sämtliche Defizite ihrer Kinder therapieren soll. Doch laute Störenfriede beanspruchen ihre Lehrer und Heilpädagogen häufig so stark, dass sich diese kaum mehr um Schüler mit anderen Schwächen kümmern können – und schon gar nicht um jene Kinder, denen keine besonderen Bedürfnisse zugeschrieben werden. Am Ende kommen alle zu kurz. Das gilt ganz besonders für Quartiere, in denen viele Migranten und sozial benachteiligte Familien leben und überdurchschnittlich viele Kinder Hilfe beim Lernen benötigen. Dort ge-

raten die Lehrer und Lehrerinnen an den Rand ihrer Belastbarkeit.

In Werner Heinigers vierter Klasse in Winterthur ist das Lerntempo für sechs Kinder zu hoch. Eine Heilpädagogin kommt jede Woche für vier Lektionen und arbeitet mit diesen Schülern. «Das reicht nirgendwo hin», sagt Heiniger. Die meisten dieser Kinder seien nämlich in mehreren Fächern überfordert. Er müsse sich dauernd entscheiden, welche Kinder er vernachlässige. Er wüschte sich Kleinklassen, die früheren Sonderklassen, zurück.

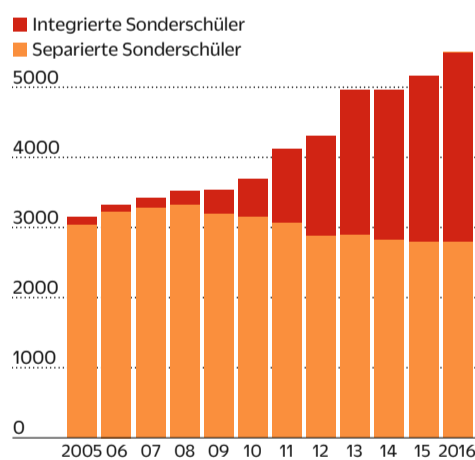
Marion Heidelberger ist Vizepräsidentin des Verbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer. Aussagen wie die des Winterthurer Lehrers Heiniger hört sie oft. Im Moment beherrsche noch der Streit um den Fremdsprachenunterricht und den Lehrplan 21 die Schlagzeilen, doch Heidelberger sagt: «Die Integration wird das nächste bildungspolitische Erdbeben auslösen.» Sie war jahrelang Lehrerin für integrative Förderung und ist eine Verfechterin der Integrationsidee. Doch so, wie die Integration in vielen Schulgemeinden umgesetzt werde, könne sie nicht funktionieren. Insbesondere die Integration von Sonderschülern sei aufwendig. Es fehlten gute Konzepte, und oft stünden die Ressourcen dafür nicht zur Verfügung, im Gegenteil: Bei der Bildung werde gespart. «Das bedeutet grössere Klassen und immer mehr schwierige Schüler, die integriert werden müssen.» Statt Heilpädagogen engagierten die Schulen in gewissen Kantonen zudem Klassenassistenten ohne spezifische Ausbildung.

Aufstand der Lehrer

In verschiedenen Kantonen haben die Lehrer begonnen, sich zu organisieren. «Wir haben genug!», schrieben Annemarie Müllener und ihre Kolleginnen aus der Berner Agglomerationsgemeinde Ostermundigen vor einigen Wochen an Bernhard Pulver, den kantonalen Bildungsdirektor. Die Mehrheit der Kinder leide, da auffällige Schüler zu viel Aufmerksamkeit in Anspruch nähmen. 10 bis 15 Prozent der Schulabgänger beendeten ihre Schulzeit mit einem Misserfolg und fänden oft nur mit zusätzlicher Betreuung einen Platz in der Gesellschaft. «Zu viele Lehrpersonen werden krank oder geben ihren Traumberuf frustriert auf.» 806 Lehrer unterschrieben den Brief. Sie fordern eine Erhöhung des sogenannten Betreuungsfaktors: Vom Kindergarten bis und mit der zweiten Klasse brauche es so viele Mittel, dass in Klassen mit schwierigen und lernschwachen Kindern zwei Lehrer unterrichten könnten. Derzeit finden Gespräche mit Regierungsrat Pulver und seinen Mitarbeitern statt. Ob die teuren Wünsche der Lehrer in Erfüllung gehen, ist fraglich. Der Kanton Bern muss sparen. Nach den Sommerferien wird das nächste Sparpaket erwartet. Angesichts solcher Verhältnisse ist es kühn, auf Zusatzaufgaben in Millionenhöhe zu hoffen.

Tendenz steigend

Zahl der Sonderschüler im Kanton Zürich



Quelle: Volksschulamt Kanton Zürich

Auch in anderen Kantonen wehren sich die Lehrer. Der Verband der Zürcher Mittelstufen-Lehrer traf sich gestern zu einer Klausur. «Für schwierige Fälle wünschen wir uns wieder vermehrt Kleinklassen», sagt Verbandspräsident Harry Huwyler. Zwischen dem gesamten Zürcher Lehrerverband und der kantonalen Bildungsdirektion finden derzeit Gespräche statt, um Lösungen zu finden. In Solothurn oder Graubünden haben die Berufsverbände Umfragen und Forderungskataloge veröffentlicht. Im Grundsatz zweifeln die Lehrer die Idee nicht an, auch schwache oder behinderte Kinder in die Regelklassen zu integrieren. Doch die Art und Weise, wie das geschehe, müsse dringend verbessert werden. In Solothurn will die Regierung mit Vorschlägen reagieren. Es zeichnet sich ab, dass man schwierige Kinder für bestimmte Stunden aus der Klasse nehmen will: Das System der Integration soll nicht abgeschafft, aber doch abgeschwächt werden.

Wie immer, wenn es in den Schulen brodeln, schaltet sich die Politik ein. Nicht nur die reformkritische SVP, auch FDP, BDP oder Grüne versuchen, Einfluss zu nehmen. In mehreren Kantonen fordern die Politiker, dass bei der Integration teilweise zurückbuchstabiert wird. In Basel-Stadt zwingt das Parlament die Regierung, Einführungsklassen, in denen die erste Klasse während zwei Jahren absolviert wird, zu prüfen. Im Aargau muss die Regierung evaluieren, wie schwierige Schüler vorübergehend separat unterrichtet werden könnten. In Zürich verlangt das Parlament eine Überprüfung des integrativen Systems. In Graubünden hat der Grosse Rat beschlossen, Kleinklassen wieder zu ermöglichen. Dieser Streit könnte vor Gericht enden. Die Behindertenorganisation Procap Grischn hat angekündigt, das Recht beeinträchtigter Kinder auf Integration notfalls einzuklagen.

Im Widerspruch zur Wissenschaft
Die Kritik der Lehrerschaft steht im Widerspruch zu den Befunden der Wissenschaft. Forscher geben der Integration viel bessere Noten. «Die bisherigen Befunde weisen alle in eine Richtung: Für Schüler mit Lernschwierigkeiten bringt die integrierte Schulung in einer Regelklasse Vorteile», schreiben die Experten der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in einer Übersicht. Und Schüler ohne besondere Defizite würden in einer integrativen Klasse keineswegs gebremst. In einer Studie aus Bern wurden die Bildungskarrieren von 450 Schülern bis ins Erwerbsleben analysiert. Dabei zeigte sich, dass Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen, die eine Regelklasse besuchten, signifikant höhere Chancen haben, im Arbeitsleben Fuss zu fassen, als ehemalige «Kleinklässler».

Wie kommt es, dass die Wahrnehmung der Lehrer und der Forscher derart auseinandergeht? HfH-Professor Peter Lienhard sieht die Probleme im Schulalltag: «Wenn ich die politischen Gegebenheiten anschau, dann bin ich teilweise ernüchtert: Vielerorts integrieren Schulen engagiert und erfolgreich. Aber: Eine angemessene Förderung dieser Kinder und Jugendlichen in der Regelschule kostet Geld und braucht Fachwissen. Werden die Bedingungen verschlechtert, zermüht das die Lehrpersonen und senkt die Förderqualität.»

In diesem Punkt sind sich Wissenschaft und Lehrer also einig: Die Integration ist eine hehre Idee, doch sie wird infrage gestellt durch die Probleme, die sich nun im Schulalltag zeigen. Silvia Pool Maag verfolgt die De-

Experten gehen davon aus, dass heute 10 bis 15 Prozent der Schüler so verhaltensauffällig sind, dass sie behandelt werden müssen.



Wäre Pippi Langstrumpf eine Schweizer Schülerin, würd...

Die Idee, schwierige Schüler in normale Klassen zu integrieren, ist schön. Doch in vielen Schulen funktioniert sie nicht. Die Lehrer kommen zu kurz, die Lehrer sind überfordert. Der nächste grosse Bildungsstreit bahnt sich an. **Von Anja Burri**

Störenfriede

batte deshalb beunruhigt. Als Professorin für Inklusion und Diversität der Pädagogischen Hochschule Zürich vertritt sie die Integration mit voller Überzeugung. Die Integration aller Kinder sei ein grosses und wichtiges Entwicklungsprojekt im Bildungssystem. «Am Ende geht es um die Frage, wie wir als Gesellschaft mit Menschen mit Beeinträchtigungen umgehen.» Das dürfe nicht die Aufgabe einer einzelnen Lehrperson sein. Integration sei ein Projekt, um das sich Schulhäuser, Gemeinden, Kantone und der Bund gemeinsam kümmern müssten. Nur so gelinge sie.

Die Debatte über die schulische Integration erinnert an den Anfang des Sprachenstreits. Auch diese Idee, alle Kinder möglichst früh

eine zweite Landessprache zu lehren, ist im Grundsatz unbestritten. Der Streit entzündete sich an der Umsetzung in den Klassenzimmern. Die Sorgen der Lehrer und Eltern gärten so lange, bis sich die Politik einschaltete. Das Ergebnis: Volksinitiativen und Abstimmungskämpfe sorgen derzeit für verhärtete Fronten. Die Forderungen der Lehrer und politische Vorstösse zur Integration deuten darauf hin, dass der nächste grosse Streit droht.

Die Zürcher Regierungsrätin und Bildungsdirektorin Silvia Steiner will allerdings von einer solchen Lesart nichts wissen. Die Integration sei ein «Dauerthema», keine Revolution. Pauschale Kritik weist Steiner aber zurück: «Eine Lehrperson mit schwierigen Kindern in

einer Klasse nimmt immer eine Einzelfallbeurteilung vor. Doch wenn wir das ganze System analysieren, kommen wir zum Schluss, dass sich die Integration gesamtheitlich lohnt», sagt sie. Sie nehme die Lehrer ernst, sie wolle jedoch nicht das System auf den Kopf stellen. «Es gibt Verbesserungsmöglichkeiten, aber es gibt keinen Weg zurück zur Separation. Wir müssen die Schwachstellen verbessern.»

Keine Separation, das gilt auch für Tobias aus Zürich. Sein lärmiges Verhalten war für die Lehrerinnen und die anderen Kinder untragbar geworden. Um ihn in der Klasse zu halten, wählte man eine medizinische Lösung. Tobias nimmt heute Ritalin.



...de sie wohl als verhaltensauffällig eingestuft. Solche Kinder werden wenn immer möglich in Regelklassen integriert.

Alternative Konzepte

Reif für die Schulinsel

Schüler, die früher den Unterricht störten, mussten vor die Tür. Das ist heute anders. Gerade verhaltensauffällige Kinder lässt man nicht mehr unbeaufsichtigt. Doch im Klassenzimmer verunmöglichen diese oft einen normalen Unterricht. Immer mehr Schulen suchen deshalb nach innovativen Lösungen, um Störenfriede in den Griff zu bekommen. Eine solche Alternative ist die Schulinsel. Was nach Sonne, Meer und Ferien tönt, hat aber nichts mit Vergnügen zu tun.

Schulinseln sind separate Schulzimmer, in denen die Kinder von einer Heilpädagogin oder einem Lehrer betreut werden. Kinder, die im Unterricht untragbar sind, verbringen dort eine vorübergehende Auszeit. Die Dauer ist je nach Schule unterschiedlich. In Olten beispielsweise können Schüler für zwei Tage bis zwölf Wochen auf die Schulinsel geschickt werden. Anderswo bleiben sie eine Schulstunde, einen Nachmittag, eine Woche oder wenn nötig mehrere Monate. Das Ziel ist überall dasselbe: Die Schüler sollen möglichst rasch wieder in ihre Klassen zurückkehren können.

Ein Vorteil der Schulinsel ist, dass Lehrer Schüler unbürokratisch dorthin schicken können. «Die kurzfristigen Massnahmen geschehen ohne grossen Aufwand, eine Lehrperson entscheidet spontan und meldet einen Schüler per Telefon oder E-Mail an», sagt Daniel Kempf, Leiter der Schulinsel in Menzingen (TG), in der «Mänzinger Zytig». Für längerfristige Aufenthalte müssten die Eltern und die Schulleitung involviert werden. Nach einem akuten Konflikt könne sich der Schüler in der Schulinsel sammeln und beruhigen, sagt Kempf. Später treffe



Kommt es zum Konflikt im Klassenzimmer, sollen Störenfriede die Klasse vorübergehend verlassen.

man Abmachungen und halte diese schriftlich fest.

Das Angebot ist nicht nur für Störenfriede gedacht. In Olten hatte jeder vierte Schüler, der auf die Schulinsel geschickt wurde, Motivationsprobleme.

Mit dem sukzessiven Abbau der Kleinklassen etablieren sich die Schulinseln immer stärker. Kantonale Bildungsdirektionen, Lehrerverbände und Gemeinden preisen das Modell als innovative Alternative zu den Kleinklassen. Dank den unkomplizierten «Klassenpausen» sinkt vielerorts die Zahl der Schulverweise.

Als ähnliche Alternative betreiben meistens mehrere Gemeinden zusammen eine Time-out-Klasse. Im bernischen Worb gibt es diese seit 2006. Die Klasse ist für maximal acht Jugendliche konzipiert. Das Time-out-Angebot ist kein Schulausschluss, sondern gilt als normale Schulzeit. Die Schüler müssen den Schulstoff ihrer eigentlichen Klasse weiter erarbeiten. Ziel ist, dass sie spätestens nach zwölf Wochen wieder in die Regelklasse zurückwechseln können. Aufenthalte während Stunden oder Tagen wie bei der Schulinsel sind jedoch weniger möglich. (ria.)

cht. Die anderen Kinder

raus